



Schweizerische Interessengemeinschaft für Kommunaltechnik

Groupement d'intérêt suisse pour les techniques de voirie

Postadresse:

SIK

c/o Yvonne Schlegel

Diezikonerstrasse 30, 8637 Laupen ZH

info@sik.biz

www.sik.biz

SIK - c/o Yvonne Schlegel

Diezikonerstrasse 30, 8637 Laupen ZH

per E-Mail an:

vernehmlassung.paket-ch-eu@eda.admin.ch

Laupen, 31. Oktober 2025

Stellungnahme zum Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU» aus Sicht der Schweizerischen Interessengemeinschaft für Kommunaltechnik (SIK)

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Interessengemeinschaft für Kommunaltechnik (SIK), als Dachverband der Hersteller und Händler von Kommunalmaschinen und -geräten in der Schweiz, hat das Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU» mit grosser Besorgnis zur Kenntnis genommen. Unsere Mitglieder sind die direkten Partner der Gemeinden und Städte und versorgen diese mit der notwendigen Technik für den Unterhalt der öffentlichen Infrastruktur – von der Strassenreinigung über den Winterdienst bis zur Grünpflege. Aus dieser Warte, an der Schnittstelle zwischen Industrie und kommunalem Vollzug, lehnen wir das vorliegende Paket entschieden ab. Es gefährdet nicht nur die bewährte und bürgernahe Funktionsweise unserer Gemeinden, sondern bedroht auch direkt die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Kommunaltechnikbranche.

Diese Stellungnahme fokussiert auf die für unsere Branche und unsere Kunden – die Gemeinden – zentralen Kritikpunkte: die unkalkulierbaren Kosten und technischen Hürden sowie die systematische Untergrabung des schweizerischen Erfolgsmodells von Föderalismus und prinzipienbasierter Rechtsetzung.

Unkalkulierbare Kosten und technische Handelshemmnisse für die Kommunaltechnik

Die Vernehmlassungsunterlagen zeichnen sich durch eine gravierende Leerstelle aus: eine transparente und umfassende Abschätzung der Kosten und technischen Konsequenzen für spezialisierte Branchen wie die Kommunaltechnik. Die dynamische Übernahme von EU-Recht bedeutet für unsere Mitglieder eine permanente und unvorhersehbare Anpassungslast. Jede neue EU-Vorschrift im Bereich Fahrzeugbau, Lärm- und Abgasemissionen oder Arbeitssicherheit muss mit erheblichem Aufwand analysiert und umgesetzt werden. Dies führt zu direkten Kosten in der



Schweizerische Interessengemeinschaft für Kommunaltechnik
Groupement d'intérêt suisse pour les techniques de voirie

Entwicklung, Zertifizierung und Produktion, die letztlich von den kommunalen Beschaffungsbudgets und damit vom Steuerzahler getragen werden müssen.

Konkrete Auswirkungen auf die Kommunaltechnikbranche und Gemeinden	
Betroffener Bereich	
Technische Vorschriften	Laufende, teure Anpassung von Fahrzeugen und Geräten an detaillierte EU-Normen, Verlust von bewährten, auf Schweizer Bedürfnisse zugeschnittenen Lösungen.
Zertifizierung & Zulassung	Erhöhter administrativer Aufwand und Kosten für die Zulassung von Fahrzeugen, die oft in Kleinserien für spezifische alpine oder lokale Bedingungen gefertigt werden.
Beschaffungswesen	Druck auf die Gemeinden, standardisierte EU-Massenprodukte zu beschaffen, anstatt auf die massgeschneiderten, langlebigen und oft innovativeren Lösungen von Schweizer Herstellern zu setzen.
Staatliche Beihilfen	Rechtsunsicherheit bei der Unterstützung von kommunalen Werkhöfen oder bei der Förderung von umweltfreundlichen Technologien, wenn diese nicht exakt den EU-Vorgaben entsprechen.

Besonders kritisch sehen wir die Einführung neuer technischer Handelshemmnisse durch die Hintertür. Während das Paket den Abbau von Hemmnissen verspricht, schafft die dynamische Rechtsübernahme in Tat und Wahrheit neue Hürden für Schweizer Hersteller. Unsere Unternehmen sind oft hochspezialisierte KMU, die innovative und flexible Lösungen für die anspruchsvollen topografischen und klimatischen Bedingungen in der Schweiz entwickeln. Das rigide und auf grosse Märkte ausgerichtete EU-Regelwerk droht, diese Innovationskraft zu ersticken. Anstatt pragmatische und effiziente Lösungen zu fördern, zwingt es uns in ein Korsett von detaillierten Vorschriften, das die Entwicklung von massgeschneiderten Produkten für den Schweizer Markt erschwert und verteuert.

Aushöhlung der Gemeindeautonomie und des Schweizer Rechtsprinzips

Der Erfolg der Schweiz und ihrer Gemeinden basiert auf dem Prinzip der Subsidiarität und einem prinzipienbasierten Rechtssystem. Der Gesetzgeber setzt Rahmenbedingungen, die von den Kantonen und Gemeinden mit Augenmass und unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten umgesetzt werden. Dieses System hat sich gerade in der Kommunaltechnik bewährt: Es ermöglicht den Gemeinden, Fahrzeuge und Geräte zu beschaffen, die exakt ihren Bedürfnissen entsprechen und ein optimales Kosten-Nutzen-Verhältnis über die gesamte Lebensdauer aufweisen.

Das vorliegende Paket stellt dieses Erfolgsmodell in Frage. Die dynamische Übernahme von EU-Recht führt zu einer Zentralisierung und Bürokratisierung, die dem föderalen Geist der Schweiz



Schweizerische Interessengemeinschaft für Kommunaltechnik
Groupement d'intérêt suisse pour les techniques de voirie

fundamental widerspricht. Die Gemeinden verlieren ihre Beschaffungsautonomie und werden indirekt gezwungen, sich dem Diktat des EU-Binnenmarktes zu unterwerfen. Die Möglichkeit, im direkten Dialog mit lokalen Herstellern die beste Lösung für ein spezifisches Problem zu finden, wird durch standardisierte Ausschreibungen nach EU-Muster ersetzt. Dies führt nicht nur zu einer Schwächung der lokalen Wirtschaftskreisläufe, sondern oft auch zu schlechteren und teureren Ergebnissen für die Bürgerinnen und Bürger.

Die EU-Regeln für staatliche Beihilfen sind ein weiteres Beispiel für die praxisferne und schädliche Wirkung des Pakets. Wenn ein kommunaler Werkhof, der auch für private Dritte arbeitet, oder die kantonale Unterstützung für eine innovative, umweltfreundliche Kehrmaschine plötzlich als unerlaubte Subvention gilt, dann schiesst man weit über das Ziel hinaus. Solche Regelungen lähmen die pragmatische Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und lokaler Industrie und verhindern sinnvolle Investitionen in eine moderne und nachhaltige Infrastruktur.

Fazit

Als Vertreter der Schweizer Kommunaltechnikbranche warnt die SIK eindringlich vor den negativen Folgen des Pakets «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU». Es führt zu unkalkulierbaren Kosten für unsere Branche und unsere Kunden, den Gemeinden. Es schafft neue technische Handelshemmnisse und untergräbt die Innovationskraft unserer Mitglieder. Vor allem aber höhlt es die bewährte Gemeindeautonomie und das föderalistische Erfolgsmodell der Schweiz aus. Anstatt die Beziehungen zur EU zu stabilisieren, würde dieses Paket die Wettbewerbsfähigkeit einer wichtigen Schweizer Industriebranche schwächen und die Handlungsfähigkeit der Gemeinden einschränken. Im Namen unserer Mitglieder und im Interesse einer funktionierenden, bürgernahen Schweiz fordern wir den Bundesrat auf, auf diese schädliche Vorlage zu verzichten und stattdessen die Interessen der einheimischen Wirtschaft und der Gemeinden zu wahren.

Freundliche Grüsse

SIK

Roger Löhner
Präsident

Manuel Meil
Vize-Präsident